Die liberale Antwort auf die Finanzkrise

Die Basisidee der liberalen Wirtschaftsordnung besteht darin, dass sich der Markt ohne staatliche Regulative zu einem Optimum hin entwickelt. Allerdings ist auch den extremsten Vertretern dieser Idee klar, dass es des Schutzes persönlichen Eigentums durch staatliche Behörden bedarf, da ansonsten Raub zur ökonomischten Verhaltensweise würde. Ganz ohne Staat ist Liberalismus also nicht vorstellbar.

Wannimmer Gesetzeslücken Raub legitimieren, wird der freie Markt versagen und skupellosere Marktteilnehmer werden sich auf Kosten anderer Bereichern[1]. Ein Beispiel liefert die Gasförderung mittels Frackings in den USA, durch die das Grundwasser am überwiegenden Teil des Kontinents innerhalb des nächsten Jahrzehnts kontaminiert sein könnte[2]. Farmer haben dann nicht mehr die Möglichkeit Lebensmittel chemisch unbelastet zu halten. Auf solche Praktiken gibt es zwei Antworten. Entweder man erklärt das Grundwasser zum schützenswerten Allgemeingut oder man erklärt es als Eigentum der Farmer, die es aus Eigeninteresse schützen werden. In beiden Fällen bedarf es des Gesetzes um den Raubzug der Gaskonzerne zu unterbinden, denn ein ungeregelter Markt wird immer Raub zur ökonomischten Verhaltensweise werden lassen. Aber statt der Einführung notwendiger Schutzregeln wird derzeit mit TTIP und der darin verankerten Investorenschutzklausel die Ausbeutung von Mensch, Umwelt und Ressourcen auch nach Europa importiert.

In diesem Text soll untersucht werden, ob die heutige Geldordnung etwas zulässt, das wir als Raub verstehen müssen. Wenn dem so wäre, so dürften auch liberal Gesinnte nicht erwarten, dass sich dieses System aus sich selbst heraus regulieren könnte. Es wäre dann unsinnig, die Banken selbst dazu aufzufordern die Verträge zu deren eigener Regulierung aufzusetzen, so wie dies heute geschieht.

Raub ist eine Aneignung von Besitz oder Arbeitsleisstung ohne erbrachte Gegenleistung. Wenn wir uns die gesamte Arbeitsleistung einer Gesellschaft in einem Topf vorstellen, dann liegt eine faire Verteilung vor, wenn sich jeder über seine Lebensspanne hinweg so viel aus dem Topf nehmen kann, wie er einbrachte. Natürlich muss die, durch den Handel erbrachte Verteilungsleistung auch als reale Leistung angesehen werden. Wenn wir dies einkalkulieren, so gilt: Bedient sich jemand aus dem Topf, ohne jemals in seinem Leben ausreichend reale Leistungen einzubringen, so finden andere, die etwas einbrachten, den Topf nicht mehr ausreichend gefüllt vor.
Diese einfache Überlegung zeigt schon, dass Reichtum über das Maß eigener Leistungen hinaus immer nur durch Ausbeutung Anderer zustande kommen kann, und der Wohlstand daher niemals, wie der Neoliberalismus annimmt, zu den Armen durchtröpfeln wird, sondern auf deren Kosten entstand. Trotz dieser Überlegung wollen wir die liberalen Ursprungsideen nicht völlig verwerfen.

Zweifelsohne leert sich der Topf heute nicht wesentlich durch jene, die ihr Leben lang nicht dazu fähig sind einen realen Beitrag in einem Ausmaß zu leisten, der dem entspricht, was sie

1 Kriegshandlungen rund um die Ölressourcen sind natürlich das erste Beispiel. Dass man dabei nicht vor Vernichtung weiter Bevölkerungsbereiche zurückschreckt zeigt die Verwendung von Uran-Munition, durch die weite Teile des Irak heute als unbewohnbar gelten müssten, weil die Bevölkerung zu hoher Strahlung ausgesetzt ist: http://youtu.be/o3s7NLQXzOY#t=63m15s

2 Die Kontaminierung durch Fracking erfolgt aber, anders als im Film dargestellt, weniger durch die Chemie, die in den Boden gepumpt wird. Sie würde auch erfolgen, wenn man Wasserdampf verwendet. Denn um die versteckten Gasvorkommen zu lösen muss das Erdreich massiv aufgebrochen werden, und so dringt auch das Wasser unweigerlich in die Gas und Öl-Bereiche und umgekehrt. http://youtu.be/mmf_JYrEhyw

verbrauchen. Die Hilflosen trägt unsere Produktivkraft locker mit. Bei ihnen verschwinden keine Billionen. Vielmehr wird der Topf leergekauft durch Vermögende, deren Kaufkraft weit über ihrer Arbeitsleistung liegt. Sie haben ihre Vermögen meist durch irgend eine Form des Kapitalertrags erwirtschaftet. Aus diesem Grund ist seit jeher diskutiert worden, ob Kapitalertrag in einer fairen Wirtschaft überhaupt vorkommen darf.
Aber wenn eine Bank Zinsen nimmt, um damit die Geldverwaltung und eventuelle Kreditausfälle zu refinanzieren, so sollte uns bewusst sein, dass hier noch kein Kapitalertrag vorliegt. Die Gelder wandern über die Gehälter sofort zurück in die Wirtschaft. Wenn Sparer Zinsen erhalten, die nicht einmal die Inflationsrate aufheben, so kann man auch nicht von Kapitalertrag sprechen. Die massive Akkumulation von Reichtum muss also gegenwärtig andere Ursachen haben als den Zins.

Im Internet wird vielfach verbreitet, die Banken könnten Geld einfach selbst herstellen. Damit wäre der Finanzsektor fähig den Topf leer zu rauben. Andere Querdenker betrachten die Geldschöpfung immer noch als ein Monopol des Staates. Dann wäre er der Räuber. Um derartige Raubzüge zu vermeiden fordern viele eine Rückkehr zur Golddeckung.

Diese Forderung wird hinfällig, wenn wir uns vor Augen führen, dass die Grundkonzeption des heutigen Geldes eher einem Wechsel gleicht als einer Goldmünze. Geld ist kein Ding mit Eigenwert, es ist kein Tauschsubstitut, dessen Produktion Arbeitsleistung verschlingt, sondern Geld ist eine Art Vertrag. Es ist in unserem System nicht beliebig herstellbar, weil sich immer jemand für seine Herstellung verschulden muss.

Überwiegend zahlen wir heute mit Giralgeld. Dieses kann im Wesentlichen auf drei Arten entstehen, die nur aufbauend aufeinander verständlich sind.

1. Die einfachste Art der Geldentstehung ist die Kontoüberziehung. Stellen wir uns ein Geldsystem vor, das nur aus einem reinen Überweisungssystem besteht, ohne all den Funktionen, die Banken heute zusätzlich übernehmen. Jeder hätte ein Konto auf einer Datenbank und eine dazugehörige Bankomatkarte. Jedem Kontoinhaber würde ein Überziehungsrahmen je nach seiner Wirtschaftsleistung zugewiesen, aber alle Konten stünden auf Null. Sobald der Erste seinen Überziehungsrahmen nützt und einen Betrag überweist, geht sein Konto ins Minus, wärend auf einem anderen Konto Geld entstanden ist.

Wenn nun der Kontoinhaber bis an sein Lebensende sein Konto nicht ausgleicht, dann hat er das Gut, das er sich mit dem Geld gekauft hat, eigentlich geraubt, denn er hat keine Gegenleistung erbracht. Aber selbst wenn es keine Zinsen gäbe, würde dies kaum jemand tun, denn sein Überziehungsrahmen würde nur für ein paar Monate reichen und dann stünde er sein Leben lang an seinem Überziehungsrahmen an und könnte kein Geld nützen. Das wird niemand anstreben. Im Gegenteil, die Menschen werden, wie heute auch, sparen. Sie sparen nicht um Zinseinnahmen zu erhalten, denn diese sind auch heute geringer als die Inflationsrate. Sie sparen um im Ernstfall einen finanziellen Spielraum zu haben. Das bedeutet jede Privatperson wird danach trachten ihr Konto zumindest auszugleichen. Dann hat sie noch den ganzen Überziehungsrahmen als finanzielle Sicherheit vor sich.

In einem reinen Überweisungssystem sollten immer gleich viele Schulden wie Guthaben vorliegen, denn der Kontostand ist nur eine Aufzeichnung des Verhältnisses von Leistung und Konsum einer Person. Jedem, der mehr geleistet hat als er konsumiert hat und dessen Konto daher im Plus steht, sollte auch jemand gegenüber stehen, der Leistung schuldet und dessen Konto im Minus steht. Es ist nichts weiter als eine verschriftlichte Form einer Geschenkökonomie, in der wir uns auch für Geschenke Gegenleistungen erwarten dürfen. Werden Schuldverhältnisse ausgeglichen, so nähern

sich die Konten wieder Null und Geld verschwindet. Der Handlungsspielraum der Wirtschaft wird umso größer, je weniger Geld da ist, denn dann haben alle noch ihren vollen Überziehungsrahmen zur Verfügung.
Aber wie schützt sich die Gesellschaft vor räuberischem Missbrauch eines solchen Systems? Wenn sich das Ableben einer Person oder eines Unternehmens abzeichnet, würde schnell noch das Konto überzogen, um Gelder an einen Begrünstigten zu überweisen.

Dieses Problem eines reinen Überweisungssystems hätte sich, wie wir später sehen werden, auch anders lösen lassen, aber in unserem heutigen System besteht der Lösungsansatz darin höhere Schuldenstände durch Pfandgüter zu decken. Die Bank kann dann selbst nach dem Ableben eines Schuldners den Schuldenstand immer noch ausgleichen, indem sie Güter des Schuldners verpfändet und das Konto durch die eingenommenen Gelder ausgleicht. Auch in unserer heutigen Geldordnung wird der Überziehungsrahmen eines Kontoinhabers an die von ihm erwartete Leistungsfähigkeit angepasst. Für seine Kreditwürdigkeit gilt dies jedoch nicht. So lange ausreichend Pfandgut zur Verfügung steht, ist die Leistungsfähigkeit des Schuldners unbedeutend.

2. Diese zweite Art der Geldentstehung besteht also in der Kreditvergabe, wobei der Geldwert durch Pfandgüter des Schuldners gedeckt sein soll. In der Höhe dieser Pfandgüter wird ein Geldguthaben notiert (Giralgeld), das der Schuldner meist sofort ausgibt, denn er nimmt den Kredit letztlich auf, um das Geld für eine größere Zahlung zur Verfügung zu haben. Die Bank hat nun eine Verbindlichkeit gegenüber dem Geldempfänger (denn dieser hat vorerst nur Giralgeld auf seinem Konto notiert, könnte aber Bargeld fordern) und der Schuldner hat eine Verbindlichkeit gegenüber der Bank (denn diese wartet auf Rückzahlung, und wird im Falle eines Kreditausfalls seine Pfandgüter einfordern). Insgesamt tritt die Bank als Vermittler zwischen Schuldnern und Gläubigern (Sparern) auf und muss in dieser Vermittlerrolle weder selbst Geld besitzen noch Spargelder sammeln. Sie schafft mit der Kreditvergabe Giralgeld, das nichts anderes ist als Bankschulden. Diese Bankschulden sind es, die Banken heute ständig durch Überweisungen weitervermitteln.
   Das heißt, Bankschulden, genannt "Giralgeld", bilden heute unser hauptsächliches Zahlungsmittel (zu etwa 93% wird unbar bezahlt). Sie können auch zu einer anderen Bank überwiesen werden. Dann ist diese Bank gefordet dem Guthabenbesitzer echtes Bargeld auszuhändigen, wenn dieser es verlangt. Aus der Sicht dieser Bank hat alles seine Ordnung, denn über das Interbankensystem wurde notiert, dass die Ursprungsbank, die den Kredit vergab, nun dieser Bank den Geldbetrag schuldet. Auch dies ist eine Giralnotitz. Über das Interbankensystem verschmelzen somit alle Banken zu einem großen Giralgeldmonopol.

Da Banken sich in einem Ausmaß verschulden, das ganz jenseits ihrer Bargeldbestände liegt, bergen die Guthaben auf den Konten ihrer Kunden ein Risiko, denn die Kunden könnten von der Bank verlangen diese Guthaben in Bar auszubezahlen. Deshalb bieten Banken ihren Kunden an, die Giralguthaben zeitlich zu binden. Sie zahlen Zinsen für diesen Schritt. So entstehen Sparkonten. Das Geld ist nun für einen gewissen Zeitraum aus dem Umlauf genommen. Da ständig in höherem Maße neue Sparer geworben werden als alte Sparkonten aufgelöst werden, ist ein ständig wachsender Teil des Giralgeldes nicht mehr in Umlauf. Dieser Spargeldbestand wächst durch den Zins meist stärker an als das Wirtschaftswachstum.

Das nicht mehr in Umlauf befindliche Geld kann nun nicht mehr durch Kreditnehmer erworben werden, denn all ihre Arbeitsleistung nützt nichts, wenn Guthabenbesitzer diese Leistung nicht konsumieren sondern Werte in Form von Anlageprodukten oder Sparguthaben horten. Da Schulden und Guthaben symmetrisch vorliegen, können sich Schulden in Summe nur auflösen, wenn Gläubiger ihr Geld dem Konsum zuführen. Doch Anleger werden dies nicht tun, denn Geld wirft in

unserem System Kapitalertrag ab. Eine Umverteilungspirale nach oben entsteht. Gelder wandern aus der Realwirtschaft in den Anlagebereich und kehren nicht mehr zurück. Kreditausfälle führen zu Pfändungen und Banken tragen die Pfandgüter als Aktiva in ihre Bankbilanzen ein. Damit steigen nicht nur deren Bilanzsummen, sondern auch die Macht des Finanzsystems nimmt zu.
Banken vergeben deshalb auch gerne Geld an Spekulanten, die reale Werte (oder Wertpapiere, also Verspechen auf reale Werte) aufkaufen, nur um bei Fehlspekulationen diese Werte einzukassieren. Aber wozu der Umweg über einen Spekulanten? Die dritte Form der Giralgeldschöpfung kommt ganz ohne diesen Umweg aus:

3. Heute wird die Giralgeldmenge hauptsächlich dadurch erhöht, dass die Banken selbst reale Werte oder Wertpapiere aufkaufen, indem sie dem Verkäufer ein Giralguthaben auf sein Konto schreiben. Die Bankbilanz bleibt ausgeglichen, denn auch wenn das Guthaben des Kontoinhabers in der Bilanz der Bank als Bankschuld aufscheint (Passiva), steht dieser Schuld doch auf der Aktivseite der Bilanz das angekaufte Wertpapier gegenüber. Die Bank hat es nicht notwendig ihre Schulden zu tilgen. Wir sollten uns fragen: Ist eine ewig währende unverzinste Schuld nicht gleichzusetzen mit geschenktem Geld?

Würde das gekaufte Gut an Wert verlieren, so wäre auch die Bankbilanz nicht mehr ausgeglichen. Deshalb zielen die Ankäufe der Banken vor allem auf Anlagegüter ab, die ihren Wert behalten oder sogar noch steigern. Als Anlagewert taugen vor allem Immobilien, Ressourcen, sowie öffenltliche Güter. Aber wieso sollten Staaten diese Güter verkaufen und damit ihre Macht abgeben?

Das Druckmittel des Finanzsektors, welches Staaten zu diesem Schritt zwingt, entsteht erst mit der Zeit. Durch ständigen Entzug der umlaufenden Gelder aus der Realwirtschaft in den Geldanlagemarkt, wo diese Gelder im Handel zwischen Wertpapieren zu kreisen beginnen, wird Schuldtilgung durch Arbeitsleistung in Summe unmöglich. Denn Anlageprodukte wie Ressourcen, Land oder Devisen kann die Realwirtschaft nicht produzieren. Da die Realwirtschaft einer gewissen Menge umlaufenden Geldes bedarf, muss sie sich ständig weiter verschulden, bis die Betriebe an ihrer Kreditwürdigkeitsgrenze anstehen.
Sobald durch Neuverschuldung nicht mehr ausreichend Geld erzeugt werden kann, muss der Staat einspringen, denn seine Kreditwürdigkeit steht vorerst außer Zweifel. Aber auch er kommt irgendwann an seine Grenze und dann können die öffentlichen Güter gepfändet und die Macht kann übernommen werden, wie wir es in Griechenland erleben, wo Ex-Goldman Sachs Mitarbeiter die Regierung übernahmen. Öffentliche Güter haben meist Monopolstatus und sind daher begehrte Anlagegüter. Das Volk kann z.B. nicht einfach auf ein anderes Kanalnetz umsteigen und kann daher durch den privaten Besitzer des einst öffentichen Gutes zu beliebigen Abgaben verpflichtet werden.

Es entsteht durchaus der Eindruck, dass hier der größte Raubzug der Geschichte stattfindet, denn der Aufkauf der Anlagegütern durch den Finanzsektor führt auch zu enormen Preisanstiegen vor allem bei Immobilien. Die Masse der Bevölkerung tut sich immer schwerer ihr Eigenheim zu finanzieren, da Banken mit "Geld aus dem Nichts" die Preise der Immobilien in die Höhe treiben.

Die notwendige Reform

Aber worin liegt der Fehler dieses Systems? Müssen wir wieder zu einem goldgedeckten staatlichen Geld zurückfinden, so dass eine Deckung durch Pfandgüter gar nicht erst möglich ist? Meines Erachtens ist das Unsinn. Wäre Geld jemals durch Gold gedeckt gewesen, so hätte dieses Gold an die Gläubiger verteilt werden müssen, sobald eine Verunsicherung bezüglich des Geldwertes eintrat. Das ist nie geschehen. Somit war jegliche Golddeckung historisch bisher Betrug und wird es immer

sein. Außerdem würde eine Golddeckung die Macht völlig in die Hände der heutigen Gold-Besitzer spielen. Das Gold der österreichischen sowie der deutschen Nationalbank ist heute bei ausländischen Großbanken gelagert und wird wohl nie wieder zurück in unsere Tresore finden.

Ich habe oben drei Arten der Geldschöpfung beschrieben. Der Fehler unseres Geldsystems liegt in dem Schritt von der ersten Form zur zweiten. In dem Anfangs beschriebenen reinen Überweisungssystem ist der Geldwert durch ein Versprechen auf Gegenleistung gedeckt. Die Festlegung der Überziehungsrahmen anhand der Leistungsfähigkeit der Kontoinhaber bildet die Basis. Mit der zusätzlichen Deckung von Geldern durch Pfandgüter wurde ein Geldvolumen geschaffen, das die Leistung der Bürger und Unternehmen weit übersteigt, denn diese war bereits im Überziehungsrahmen erfasst.

Geld ist eine Forderung auf eine Leistung und Leistungen sind nun in dem Ausmaß gar nicht vorhanden. Das Geldvolumen, welches nun durch Einbindung der Pfandgüter die Leistung der Wirtschaft übersteigt, bedingt symmetrisch dazu auch ein eben so hohes Schuldenvolumen. Die Forderungen der Gläubiger können überdies gar nicht durch Arbeitsleistung erfüllt werden, da reiche Menschen ihre enormen Geldvermögen gar nicht verkonsumieren können. Sie leben vom Kapitalertrag und bedienen sich daher an dem anfangs erwähnten Topf, ohne reale Leistungen einzubringen. In einer liberalen leistungsorientierten Gesellschaftsordnung hat dieses Verhalten keinen Platz. Aber wie ist eine solche Entwicklung von vorn herein zu verhindern?

Stellen wir uns vor, wir würden die Geldordnung erneuern, indem wir eine Zweitwährung einführen, die völlig neu aufsetzt ist und daher die alten Lasten nicht übernimmt. Geld ist, so wie das Straßen-, Schienen- Elektrizitäts- oder Kanalnetz, von öffentlichem Interesse und daher ist der Staat ein idealer Ansprechpartner. Er steht mit allen Wirtschaftstreibenden in einem Geschäftsverhältnis, denn alle zahlen Steuern. Was er als Steuer akzeptiert wird daher auch von der Wirtschaft als Geld akzeptiert werden. Kein privates Unternehmen könnte eine derart allgemeine Akzeptanz durchsetzen, wollte es eine Währung gründen.
Was wir brauchen ist zunächst eine Datenbank, auf die alle Kontoinhaber mit ihrer Bankomatkarte zugreifen können. Auch brauchen wir eine Währung mit einem eigenen Wechselkurs, damit nicht die Schulden- und Guthabenstände der alten Währung die neue zerstören. Der Wechselkurs wird Anfangs anhand der alten Währung festgelegt. So geschah dies bei jeder Wärungsreform.

Die Festlegung der Überziehungsrahmen der einzelnen Kontoinhaber kann bei allen Privatpersonen mit dem gleichen Betrag starten. Da Firmen sehr unterschiedlich groß sein können, wäre es sinnvoll deren Überziehungsrahmen aus deren Steuererklärung abzuleiten. Auch hier ist es der Staat, der bereits über alle notwendigen Daten verfügt.

Nun entsteht Geld und damit Handel einfach indem Kontoinhaber ihren Überziehungsrahmen nutzen und damit etwas kaufen und ihre Steuern bezahlen. Der Staat selbst hat keinen Überziehungsrahmen. Lediglich seine Beamten und Betriebe verfügen über einen Rahmen, je nach ihrer Leistung. Der Staat kommt also nur durch Steuern zu "Geld".
Vorerst entsteht in dem System so viel an Guthaben, wie an Schulden. Aber Kontoinhaber können versterben und Firmen können insolvent werden. Da Schulden Leistungsversprechen darstellen, käme es nun zu einem Überhang an Guthaben, wobei diesen Forderungen (alles Geld ist eine Forderung) nicht mehr ausreichend Verbindlichkeiten gegenüber stünden.
Um dies zu verhindern wollen wir in der neuen Währung kein Pfandsystem einführen, wie beim Euro, sondern wir lösen das Problem verwaltungsunaufwendig mit einem Computeralgorithmus, der in die Datenbank eingebaut, die Überziehungsrahmen täglich geringfügig modifiziert. Er überblickt ein Jahr an zurückliegenden Kontobewegungen und ermittelt was davon Fixkosten sind.

Diese zieht er den Eingängen ab und erfasst damit den finanziellen Spielraum eines Kontoinhabers. An ihn passt er den Überziehungsrahmen an.

Hat ein Mensch keinen Verdienst mehr, so wandert also bald auch sein Überziehungsrahmen gegen Null. Hat eine Firma keine Gewinne mehr ebenso. Dadurch ist garantiert, dass Konten nicht mit zu großen Minusständen beendet werden. Konten ersetzen kein Sozialsystem.
Umgekehrt garantiert die ständige Anpassung der Überziehungsrahmen erfolgreichen Firmen auch den finanziellen Spielraum, den sie brauchen um zu investieren. Für den Umbau der Wirtschaft hin zur Nachhaltigkeit werden enorme Investitionen notwendig.

Da Kontoinhaber auch durch Unfälle aus dem Leben scheiden können, ergibt sich notwendig, dass Guthaben und Schulden mit dem Ableben des Kontoinhabers verfallen, damit sie sich im Durchschnitt ausgleichen und das System symmetrisch bleibt. Vererbt können nur Sachwerte werden. Somit eignet sich eine solche Währung als Transaktionsmittel und weniger für das Sparen. Aber wenn wir uns diese neue Währung parallel zum Euro vorstellen, ist dies nicht von Nachteil. Die Zweitwährung bildet ein krisensicheres Fangnetz, für den Fall, dass der Euro zusammenbricht.

Wenn wir bedenken, dass allen Sparvermögen Schulden gegenüber stehen, ergibt sich die Frage, ob Geld zu sparen überhaupt sozial vertretbar ist? In einem reinen Überweisungssystem könnten Sicherheiten auch angesammelt werden, ohne spiegelbildlich bei Anderen einen Überhang an Schulden zu erzeugen. Dies ist durch das klassische Umlageverfahren möglich. Wir alle brauchen Sicherheiten für den Fall dass wir uns aufgrund von Alter, Krankheit, Behinderung oder Jobverlust nicht selbst helfen können. Das Prinzip der Versicherung besteht darin, dass alle in einen Topf einzahlen, aus dem ständig jene bedient werden, die in eine der genannten Situationen kommen. Für dieses Prinzip müssen nirgends große Summen an Geld dauerhaft gehortet werden, die dem Umlauf entzogen blieben. Es kann bis zu einem gewissen Grad jedem selbst überlassen bleiben, wieviel Sicherheiten er einzahlen will und damit im Ernstfall auch ausbezahlt bekommt.

Genau auf die gleiche Weise können Investitionen ablaufen. Um dies zu verstehen wollen wir Firmen wie Personen betrachten, die zeitweise große Geldmengen benötigen, dann aber auch wieder große Gewinne machen. In Zeiten des Gewinns zahlen sie in einen Topf aus dem die Investitionen getätigt werden können. Die Gelder bleiben in Umlauf. Dieses Prinzip verhindert, dass Schulden in einem Ausmaß angehäuft werden, mit dem die nächste Generation nicht mehr fertig wird.

Das hier beschriebene System erfordert relativ geringe Verwaltungskosten, denn es besteht nur aus einer Datenbank auf die jeder Kontoinhaber selbst durch Verwendung seiner Bankomatkarte Einträge setzt.
Gegen eine rein digitale Währung oder Zweitwährung wird oft eingewendet, dass dann der gesamte Geldverkehr einsehbar wäre. Dieser Nachteil oder Vorteil (je nach Blickwinkel) ist keine notwendige Folge einer Digitalwährung. Wir haben den Quickchip auf den Bankomatkarten, mit dem überall bezahlt werden kann wo keine Internetverbindung vorliegt, einfach und schnell, durch Durchziehen der Karte. Diese technische Möglichkeit wird heute noch kaum genützt, weil wir Bargeld gewohnt sind. Die Menschen laden den Chip nicht auf. Aber es gäbe durchaus die Möglichkeit, dass er sich am Bankomat immer automatisch auflädt. Die Zahlung könnte genauso anonym erfolgen wie eine Barzahlung. Verbucht würde nur der Ausgang vom Konto auf den Chip und beim Geldempfänger der Eingang von einem Chip auf ein Konto. Es muss nicht nachvollziehbar sein von welchem Chip (welcher Karte). Es wird doch beim Bargeld im Supermarkt auch nicht verzeichnet wer den Geldschein vorher besessen hat.

Ein weiteres Gegenargument gegen eine Währung ohne Bankensystem besteht darin, dass die Guthaben immer weniger gedeckt sein würden, weil es teilweise zu verwaisten Firmenkonten kommen könnte, die im Minus stehen, ohne dass dort weitere Kontobewegungen stattfänden. Solche Konten zu erfassen mag automatisch vonstatten gehen. Solche Vorfälle aufzuklären und Schulden einzutreiben jedoch nicht.
Im Fall uneintreibbarer Schulden gibt es nur einen einzigen Weg das System symmetrisch zu halten. Nicht die Schuldner, sondern nur die Guthabenbesitzer müssen zur Kasse gebeten werden. Denn die Gesamtsymmetrie des Systems ist nicht wieder herzustellen indem andere Schuldner noch tiefer in die Schuld getrieben werden. Das bedeutet, dass die Geldverwaltung dieser zwingenden Logik zufolge durch jene bezahlt werden muss, die Geld besitzen. Logik ist nicht diskutierbar! Aber die Gebühr für die Geldverwaltung mag täglich weniger als ein Promille der Guthaben ausmachen. Niemand wird durch diese Gebühr daran gehindert werden sein Geschäftsmodell zu verwirklichen.

Die Aufgabe des Staates

Der Staat kann in einem solchen System selbst kein Geld schöpfen. Aber er hat die Aufgabe uns davor zu schützen, dass die Organisation, welche die Datenbank führt, sich nicht über die Gebühr selbst bereichert. Eine Selbstregulation durch Wettbewerb wäre nur möglich, wenn es so viele Parallelwährungen gäbe, dass Kartellabsprachen ausgeschlossen werden könnten. Dann würden die Währungen in Konkurrenz um Kunden die Gebühren niedrig halten müssen, aber sie hätten große Probleme Kunden daran zu hindern ihre Konten im Minus zu belassen und einfach auf eine andere Währung umzusteigen. Da weder dem Bürger zugemutet werden kann hunderte Bankomatkarten und Konten zu nützen, noch den Unternehmen hunderte Wechselkurse auferlegt werden können, wird Geld immer ein Monopol darstellen.

Daraus folgt, dass nur eine demokratisch gewählte Regierung ein Interesse daran hat, die Manager der Datenbank daran zu hindern, die Gebühr auf Geldverwaltung zur eigenen Bereicherung zu nützen. Die Gehälter der Verwalter des Systems sind deshalb zu veröffentlichen und durch die Regierung zu verantworten, so dass der Wähler Einfluss nehmen kann. Im Prinzip sind es Gehälter von Programmierern, denen lediglich ihre reale Arbeitsleistung abzugelten ist. Um einen Wählereinfluss zu ermöglichen muss das Geldsystem so einfach gehalten werden, dass der Bürger es versteht. Es muss in den Schulen unterrichtet werden.

Wir erkennen somit, dass in einer liberalen Gesellschaftsordnung der Staat neben dem Schutz auf Eigentum noch eine andere wesentliche Rolle übernimmt, nämlich den Schutz des Volkes vor der Ausbeutung durch Monopole und Kartelle. Geld ist immer ein Monopol und unsere Banken bilden heute ein Kartell, das die Möglichkeit hat uns auszubeuten. Die staatliche Regulierung versagt derzeit, weil die Staaten selbst in Schulden und damit in Abhängikeiten geraten sind. Unsere obersten Volksvertreter haben ihr Vermögen selbst in dem System veranlagt, vor dessen Ausbeutung sie uns schützen sollen. Sie haben kein Interesse an einer Regulierung. Sie gehören abgewählt!

Was tun mit dem Euro?

Das vorgeschlagenen "reine" Überweisungssystem stellt eine Datenbank dar, in der nur Geldguthaben und Geldschulden notiert sind, und das daher auch im Fall von Inflation oder Deflation symmetrisch bleibt und nicht zusammenbrechen kann. Es handelt sich um eine rein digitale Währung. Fänden Bargeld oder Pfandgüter Eingang in die Aufzeichnungen, so würde der Verwaltungsaufwand sprunghaft ansteigen, denn Güter können an Wert gewinnen oder verlieren.

Die Symmetrie des Systems wäre damit ständig am kippen und jeder Vermögensbestand müsste durch Experten überwacht und eingeschätzt werden, wie bei heutigen Banken.

Da der Euro überwiegend durch Güter und Wertpapiere gedeckt ist, kann er nicht in ein solch einfaches System zurückgewandelt werden. Es bleibt nur die Möglichkeit ihn parallel zu dem neuen System bestehen zu lassen. Aber das gesamte Geldsystem gewänne an Stabilität, wenn Europas Staaten parallel zum Euro reine Transaktionswährungen, wie die eben beschriebene, gründen würden. Der Euro wäre dann vor allem für den Außenhandel und für Sparanlagen von Nutzen.

Auch für den Euro gilt: Die Guthaben der Einen sind die Schulden der Anderen. Es ergibt sich die Frage, wie die enormen Guthabenbestände der Sparer und Geldanleger wieder einer realwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können. Dies ist nur durch eine Form der Geldanlage zu erreichen, durch welche die Geldbestände sinnvoll investiert werden.

Tatsächlich könnten diese enormen Geldvolumen notwendig werden, um die Energiewende zu meistern. Die Technologie dafür ist bereits vorhanden. Sonnenlicht kann heute genutzt werden um mit einer Effizienz von 50% Wasser zu spalten und den erhaltenen Wasserstoff mit CO^2 zu Methangas zu synthetisieren[3]. Die Energieausbeute liegt über jedem Verfahren zur direkten Stromgewinnung aus Sonnenlicht. Da heute schon Gasleitungen von der Sahara nach Europa führen, kann das dort gewonnene Gas in Europa zum Heizen, Kochen und Autofahren genutzt werden. Die wesentlich geringere Menge an notwendiger elektrischer Energie kann in den Haushalten mit 80% Effizienz durch Brennstoffzellen, wie die Bloom Box aus Gas erzeugt werden.

Wie schon erwähnt ist in einem völlig freien Markt Raub die ökonomischte Verhaltensweise. Deshalb ist es heute effizienter die zukünfigen Generationen ihrer Ressourcen zu berauben und die Masse einer vergifteten Umwelt auszusetzen als Energie regenerativ zu erzeugen. Der Staat hat in einem liberalen System die Aufgabe das Eigentum zu schützen und Raub zu verhindern. Daher ist er aufgefordert lenkend einzugreifen.

Da ein europaweites Gasnetz ein Monopol darstellt ist eine Ausbeutung der Masse auch dann möglich, wenn dieses Gas nachhaltig produziert wird. Der Staat hat somit die Aufgabe uns vor Preisdruck durch Monopolisten zu schützen und ist berufen die Energiewende so zu organisieren, dass es zu keinen privaten Monopol – oder Kartellbildungen kommt.

Im Prinzip brauchen die Staaten Europas für die Organisation der Energiewende keine eigenen Geldmittel in die Hand zu nehmen. Sie müssen lediglich möglichst unabhängige Experten aus ihren Universitäten beauftragen den besten Weg zur nachhaltigen Energieversorgung Europas zu kalkulieren. Danach wird die zu erwartende Energiemenge an die Anleger in Form von kWh verkauft, wobei die Staaten lediglich die Garantien übernehmen, dass das System auch die errechneten Mindestleistungen bringt. Mit den Geldern der Investoren werden die Anlagen errichtet. Der Anlagenotstand hat ein Ende.

Damit die teurere nachhaltige Energie auch genützt wird, müssen unnachhaltige Energieformen besteuert und damit der Preis der nachhaltigen Energie gestützt werden.

Wir leben heute in einem Wirtschaftssystem, das man als Sackgasse bezeichnen muss. Wir erzeugen aus Ressourcen Produkte, aus denen letztlich Müll und Umweltverschmutzung wird. Auch das Geldsystem ist eine Einbahnstraße, denn wir erzeugen durch Kredite Forderungen, welche angelegt und daher nicht eingelöst werden. So kommt es zu einem exponentiellen Anwachsen von

3 http://www.buch-der-synergie.de/c_neu_html/c_04_34_sonne_hochtemperatur_ofen_chemie.htm

Forderungen, denen Schulden gegenüber stehen, die inzwischen die Leistung der Wirtschaft weit überschreiten. Wird dies erkannt, so verlieren die Forderungen ihren Wert und da Geld selbst eine Forderung ist, verliert auch dieses den Wert.

Um anstelle von Forderungen Vorräte anzusparen ist es notwendig Energieressourcen zu erzeugen und nicht bloß Ressourcen zu verbrauchen. Erst damit wird ein Kreislauf möglich und mit ihm ein dauerhaft funktionstüchtiges Wirtschaftssystem. Uns steht der Aufbau einer neuen Infrastruktur bevor, der vergleichbar ist mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes vor 150 Jahren. Die Eisenbahn brach damals den Anlagenotstand und sorgte für einen bisher unvergleichlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Wir sollten aus den Erfolgen und Misserfolgen von damals lernen. Deshalb will ich den Text mit einem Auszug aus Ulrike Herrmanns Buch "der Sieg des Kapitals, S.55" beenden, der den Aufbau des Eisenbahnnetzes beschreibt:

"Zunächst hatten die deutschen Länder gehofft, dass alle Bahnen privat errichtet werden würden. Doch in den meisten Staaten scheiterten die privaten Projekte schon früh, weil die Rentabilität anfangs zu gering war. Außerdem gelang es nicht die wichtigsten Städte und Nachbarstaaten sinnvoll miteinander zu verbinden, solange private Konsortien entschieden, an welchen Strecken sie interessiert waren. Also gingen die meisten deutschen Länder dazu über selbst Bahnen in Auftrag zu geben, obwohl sie sich ursprünglich nicht als Unternehmer gesehen hatten...
...selbst in Preußen ließ die Begeisterung für Privatbahnen bald nach, weil sich die typischen Probleme zeigten, die jedes Mal auftreten, wenn die Infrastruktur den Eigeninteressen der Wirschaft überlassen wird: Die Tarife waren unübersichtlich, die Streckenführung unkoordiniert und die Fahrpläne schlecht aufeinander abgestimmt. Zudem wurden die ländlichen Gebiete gar nicht erschlossen, weil dies nicht gewinnträchtig erschien. Selbst viele Unternehmer waren enttäuscht von diesen privaten Initiativen und setzten sich dafür ein, die Strecken zu verstaatlichen. Es war daher ein liberaler Privatbankier aus Elberfeld, August von Heydt, der als preußischer Finanzminister in den 1850ern damit begann, die Eisenbahnen in öffentliches Eigentum überzuführen. Die Erfolgsgeschichte der deutschen Eisenbahnen zeigt bereits, dass ein Gegensatz von Staat und Kapitalismus nicht existiert... ...Damals zeigte sich bereits ein Paradox, das den Kapitalismus bis heute prägt: Nur wenn das Risiko weitgehend ausgeschlossen ist, werden Investitionen riskiert."

Wir brauchen auch heute den Staat nicht, um Banken zu stützen, sondern lediglich um Risikogarantien für Geldanleger zu übernehmen, wenn diese in Projekte von allgemeinem Nutzen investieren. Damit wird die große Wende zur Nachhaltigkeit finanzierbar werden. Das Anlagekapital, das heute sinnlos im ständigen Handel von Anlageprodukten kreist, fließt dann zurück in die Realwirtschaft und der Überhang von Schulden und Geldvermögen reduziert sich. Voraussetzung ist allerdings, dass die Geldordnung so organisiert wird, dass das Geldmonopol gebrochen und der Raubzug beendet wird, der durch dieses Monopol möglich wurde. Eine Parallelwährung, wie die oben beschriebene Datenbank, würde das Euro-Problem lösen, da sie den einzelnen Staaten ihre finanzielle Unabhängigkeit zurück geben und damit Demokratie wieder ermöglichen würde.

Manfred Gotthalmseder www.geldmitsystem.eu Linz am 06.09.14